

Schwellenländer holen auf bei Investitionsklima für erneuerbare Energien

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2017

Gemeinsame Pressemitteilung Allianz Climate Solutions, Germanwatch und NewClimate Institute

- **Deutschland, Großbritannien und Frankreich noch an der Spitze**
- **Solarenergie-Boom in China und Indien**
- **Verdoppelung der Investitionen zur Einhaltung der Pariser Klimaziele nötig**
- **Allianz Klima- und Energie-Monitor 2017 zeigt Investitionsattraktivität und -bedarf der G20-Staaten für erneuerbare Energien**

München, Hamburg, Köln (29. Juni 2017). Deutschland, Großbritannien, Frankreich und China sind aktuell die attraktivsten Ziele für Investitionen in erneuerbare Energien. Aber Schwellenländer wie Indien, Brasilien und Südafrika haben stark aufgeholt und überzeugen Kapitalgeber mit stabileren Rahmenbedingungen für langfristige Investitionen. Der Infrastrukturausbau für Solar-, Wind- und Wasserenergie gilt als wichtigster Erfolgsfaktor für die Einhaltung der Pariser Klimaziele. Dies zeigt der heute veröffentlichte Allianz Klima und Energie Monitor 2017. Die Studie untersucht, wie gut das Investitionsklima der G20-Staaten für regenerative Energieprojekte ist und welcher Kapitalbedarf vorliegt. Er wird von Allianz Climate Solutions, NewClimate Institute und Germanwatch zum zweiten Mal in Folge aufgelegt.

Um die vereinbarten Maßnahmen zur Begrenzung der Klimaerwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu erreichen, sind laut Monitor bis 2035 jährliche Investitionen der G20-Staaten in Höhe von rund 700 Milliarden US-Dollar notwendig. Dies

bedeutet fast eine Verdoppelung der Summe, die 2015 investiert wurde. Den größten Investitionsbedarf zeigen die Wachstumsmärkte Brasilien, Indien, Südafrika und Indonesien. Um ihren steigenden Energiebedarf mit den Klimaschutzzielen zu vereinbaren, ist nicht nur ein deutlicher Ausbau der erneuerbaren Energieinfrastruktur nötig, sondern auch eine Anpassung an die veränderten Klima- und Wetterbedingungen.

Deutschland hält die Spitzenposition hinsichtlich der Attraktivität für Investoren vor Großbritannien und Frankreich. Ausschlaggebend sind die stabilen Marktbedingungen, positive makroökonomische Faktoren und unterstützende Politikmaßnahmen für erneuerbare Energien. Mit langfristigen Strategien wie dem Klimaschutzplan 2050 schafft die Bundesrepublik stabile politische Rahmenbedingungen, die nach Einschätzung der Studie langfristig verfolgt werden. Eine wichtige Maßnahme für die Einhaltung der deutschen Klimaziele ist die Reduzierung der CO₂-Emissionen, die durch Verkehr und Energiegewinnung aus Kohle entstehen. Auch bei der Marktkapazität für erneuerbare Energien liegt Deutschland an der Spitze – mit schon jetzt 28 Prozent Anteil (ohne Wasserkraft) an der Stromerzeugung und einer hohen Marktreife.

China als größter CO₂-Emittent der Welt folgt bei der Attraktivität auf Rang vier. Der Markt für erneuerbare Energien boomt und die Politik hat mit klaren Rahmenbedingungen dafür gesorgt, dass China im Jahr 2016 mehr Solarinfrastruktur aufgebaut hat, als alle anderen G20-Staaten zusammen.

„Der neue Allianz Klima und Energie Monitor zeigt, dass insbesondere Schwellenländer in eine Führungsrolle bei erneuerbaren Energien drängen. Sie haben die wirtschaftlichen Chancen entdeckt und entwickeln auch ihre Finanzierungssysteme für grüne Energien weiter“, erläutert Simone Ruiz-Vergote, Geschäftsführerin von Allianz Climate Solutions. „China, Indien und Südafrika haben sich bei der Investitionsattraktivität stark verbessert. Diese Länder haben

gute Perspektiven für erneuerbare Energien, wenn die politische Unterstützung und die Marktaktivität anhalten.“

Insgesamt wird in den G20-Staaten mehr in die Stromerzeugung aus Sonne, Wind und Wasserkraft investiert als in alle anderen neuen Kraftwerke. In den vergangenen fünf Jahren sind diese Investitionen jährlich um rund 25 Prozent gestiegen. Zu den Treibern zählen die fallenden Technologiepreise. In einigen Ländern sind erneuerbare Energien bereits ohne staatliche Förderung wettbewerbsfähig. „Wind- und Solarkraft benötigen auch bei fallenden Preisen ein positives politisches Umfeld. Für Investoren ist eine transparente und verlässliche Politik ein Kernkriterium“, sagt Jan Burck von Germanwatch, einer der Autoren der Studie. Co-Autor Prof. Dr. Niklas Höhne vom NewClimate Institute ergänzt: „Die Kosten-Hürde ist genommen – Erneuerbare Energien sind heute wettbewerbsfähig. Nun müssen die Staaten an ihrer Energie-Infrastruktur und dem Marktsystem arbeiten, damit hohe Anteile wetterabhängiger Stromproduktion nicht zu Problemen führen.“ Nach Anschubinvestitionen kann Wind- und Solarstrom nach einigen Jahren durchaus kostenneutral erzeugt werden.

Versicherungsunternehmen können bei der Transformation mit ihren langfristigen Investitionsstrategien und ihrer Expertise im Risikomanagement eine zentrale Rolle spielen. Für Verträge mit langfristigen Renditezielen wie Lebensversicherungen oder die private Altersvorsorge sind solche Investitionen besonders interessant. Als führender Investor in erneuerbare Energien hat die Allianz bislang 4,6 Milliarden Euro in Wind- und Solarparks über Eigen- und Fremdkapitalinvestitionen angelegt. Das Unternehmen plant, seine Investitionen in erneuerbare Energien weiter auszubauen. „Verlässliche und stabile Rahmenbedingungen eröffnen den Zugang zu mehr Kapitalquellen bei geringeren Kosten. Daher kann ein umfassender Ansatz unterstützen, die Kosten für die Umstellung auf eine emissionsarme Wirtschaft zu reduzieren“, bekräftigt Axel Zehren, Chief Financial Officer bei Allianz Investment

Management.

Der Allianz Klima und Energie Monitor

Der Monitor vergleicht die G20-Staaten hinsichtlich ihrer Attraktivität für Investitionen in eine emissionsfreie Energie-Infrastruktur. Zudem berechnet er den momentanen und künftigen Investitionsbedarf – davon ausgehend, dass das 1,5 bis unter 2-Grad-Limit des Pariser Klimaabkommens eingehalten werden soll. Zentral für eine hohe Attraktivität sind eine verlässliche Energie- und Klimapolitik, konkrete und transparente Unterstützung für Erneuerbare Energien, faire Wettbewerbsbedingungen im Vergleich zu fossilen Energien sowie Markterfahrungen mit Erneuerbaren. Hinzu kommen generelle makroökonomische Faktoren wie Inflation, Offenheit für ausländische Investoren und Rechtssicherheit. Erstellt wurde der Monitor zum zweiten Mal von Allianz Climate Solutions in Kooperation mit Germanwatch und dem NewClimate Institute.

Link zur Studie: <https://germanwatch.org/de/13956>

Die Autoren

Allianz Climate Solutions ist das Kompetenzzentrum der Allianz Gruppe für den Klimawandel. Allianz Climate Solutions dient externen Kunden und Allianz-Gesellschaften mit Fachexpertise für Risikoanalysen, Investitionen und Versicherungslösungen mit Fokus auf erneuerbaren Energien und Umwelttechnologien.
www.acs.allianz.com

Germanwatch engagiert sich unter dem Motto „Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ als Umwelt- und Entwicklungsorganisation seit 1991 für Nord-Süd-Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Ein wichtiges Thema ist die Energiewende mit ihren weltweiten Auswirkungen.
www.germanwatch.org

NewClimate Institute gGmbH ist ein wissenschaftlich orientiertes gemeinnütziges Institut mit Sitz in Köln und Berlin. Das NewClimate Institute ist seit 2014 aktiv an der

Gestaltung von Klimapolitik auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse beteiligt und verfolgt als solches intensiv den nationalen und internationalen Klimadiskurs. Der Schwerpunkt der Kompetenz liegt auf der Entwicklung und Bewertung von klimapolitischen Maßnahmen und Strategien, der Entwicklung und Umsetzungsbegleitung von Minderungsstrategien sowie der internationalen Klimafinanzierung.

[Home](#)

Ansprechpartner/in

Boris Duval, NewClimate Institute: Tel. 030 208 492 740, e-mail: b.duval@newclimate.org

Stefan Küper, Germanwatch: Tel. 0151 252 110 72, e-mail: kueper@germanwatch.org

Anja Rechenberg, Allianz: Tel. 089 3800 4511, e-mail: anja.rechenberg@allianz.com

—

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Jugendforum Stadtentwicklung engagiert sich für Lebenswerte Großstädte

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2017
Stadtentwicklung

Engagierte Jugendliche aus ganz Deutschland haben heute Baustaatssekretär Gunther Adler auf dem „11. Jugendforum Stadtentwicklung“ ihre Ideen zum „Leben in der Großstadt“ vorgestellt. Dabei ging es u.a. um die Beteiligung Jugendlicher an Planungsprozessen, um Gestaltungsspielräume in der Stadtentwicklung und um mehr bezahlbaren Wohnraum.

Adler: „Die junge Generation beeindruckt mich mit ihren Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Großstädte. Mit dem Jugendforum gelingt es, die Sichtweise junger Menschen in die Arbeit und Aufgaben des Bundesbauministeriums einzubeziehen. Diesen Dialog wollen wir fortsetzen. Das Potenzial und die Kreativität junger Menschen sollten wir noch stärker für die Gestaltung unserer Städte nutzen.“

Die größten deutschen Städte ziehen immer mehr Einwohner an. Im Mittelpunkt des Jugendforums Stadtentwicklung stand deshalb die Frage, wie Großstädte wachsen können und dabei lebenswert bleiben. Jugendliche aus verschiedenen Städten Deutschlands haben dazu Ideen erarbeitet, die sie im Bundesbauministerium vorgestellt haben.

Da Bauvorhaben in Großstädten häufig mit Konflikten verbunden sind, haben sich die Jugendlichen mit den Themen Nutzungsdruck und Bürgerbeteiligung beschäftigt. Sie schlagen vor, junge Menschen stärker in Planungen einzubeziehen, auch wenn das für Verwaltungen nicht immer einfach ist. Ihre Ideen und ihr Engagement können zu innovativen Projekten beitragen. Besonders junge Stadtbewohner gestalten ihre Stadtviertel oft

selbst. Sie bauen eigene Stadtmöbel und Skateparks, legen urbane Gärten an oder pflegen das Straßengrün. Auch sonst sollte Farbe eine größere Rolle in der Stadtgestaltung spielen, denn bunte Städte seien lebenswerter als der graue Einheitsbrei an vielen Fassaden. Wichtig ist den Jugendlichen, dass auch in wachsenden Städten Möglichkeiten und Räume zum Treffen, Austauschen und Ausprobieren erhalten bleiben bzw. entstehen können.

Die Jugendlichen haben sich auch mit dem Thema bezahlbarer Wohnraum auseinandergesetzt. Insbesondere in Ballungszentren und Universitätsstädten ist es für junge Menschen schwer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Baustaatssekretär Adler wies in diesem Zusammenhang auf die Initiative des Bundesbauministeriums im Rahmen der Forschungsinitiative Zukunft Bau hin, die Errichtung von kleinen modularen Wohnungen für Studierende und Auszubildende mit 120 Millionen Euro zu fördern. Die Wohnungen sollen nicht mehr 280 bis 300 Euro Miete monatlich kosten und können dank ihrer veränderbaren Grundrisse später durch die Zusammenlegung von zwei oder mehreren Einheiten auch von Familien oder Senioren genutzt werden. Geplant ist, bis Ende 2018 insgesamt 30 Modellvorhaben „Variowohnungen“ zu fördern.

Die Jugendpresse berichtet in einem Blog über das Jugendforum:

<https://www.blog.politikorange.de>

Informationen über das Jugendforum und Modellprojekte des BMUB:

<http://www.bmub.bund.de/themen/stadt-wohnen/stadtentwicklung>

Informationen zu den Modellvorhaben Variowohnen des BMUB:

<http://www.forschungsinitiative.de/variowohnungen/>

<https://www.facebook.com/bmub.bund>

<https://www.instagram.com/bmub/>

[Tweets by bmub](#)

BMUB-Pressedienst Nr. 223/17 – Stadtentwicklung

Berlin, 26. Juni 2017

Herausgeber: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau
und

Reaktorsicherheit, Stresemannstr. 128-130, 10117 Berlin

Redaktion: Michael Schroeren (verantwortlich), Nikolai
Fichtner,

Stephan Gabriel Haufe, Andreas Kübler, Friederike Langenbruch
und Nina Wetter

Telefon: 030 18 305-2010

E-Mail: presse@bmub.bund.de Internet: www.bmub.bund.de/presse

Twitter: www.twitter.com/BMUB Youtube:

www.youtube.de/umweltministerium

Erfolgreiche Abmahnung von foodwatch: Dextro Energy stoppt illegale Gesundheitswerbung

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2017

Pressemitteilung

Berlin, 27. Juni 2017. Dextro Energy hat nach einer Abmahnung der Verbraucherorganisation foodwatch illegale Gesundheitswerbung für seine Traubenzucker-Produkte gestoppt. Das Unternehmen warb unter anderem mit den Aussagen „hilft sofort beim Denken“ und „natürliche Sofortenergie für Konzentration und Leistungsfähigkeit“. foodwatch hatte diese Werbeversprechen als unzulässig kritisiert. Der Traubenzucker-Hersteller gab daraufhin eine Unterlassungserklärung ab, nahm

mehrere Youtube-Videos vom Netz und änderte Werbetexte auf seiner Internetseite.

„Jahrzehntelang hat Dextro Energy den Menschen vorgegaukelt, sie müssten Traubenzucker konsumieren, um geistige und körperliche Leistung zu erbringen. Jetzt bröckelt dieser Mythos“, erklärte Sophie Unger von foodwatch. „Die Wahrheit ist: Wer regelmäßig hohe Mengen Zucker zu sich nimmt, wird nicht leistungsfähiger, sondern hat ein höheres Risiko für Übergewicht und Diabetes.“

Lebensmittelhersteller müssen seit 2012 ihre gesundheitsbezogenen Werbeaussagen durch die EU genehmigen lassen – erlaubt sind derzeit rund 250 solcher „Health Claims“. Die Gesundheitsversprechen von Dextro Energy waren allerdings nicht darunter. Die Europäische Kommission hatte in der Vergangenheit einen Antrag des Unternehmens auf die Zulassung ähnlicher Gesundheitsaussagen abgelehnt und war zuletzt durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) bestätigt worden: Gesundheitsversprechen sind dem Gericht zufolge nicht erlaubt, wenn sie anerkannten Ernährungsempfehlungen widersprechen. Außerdem sei die Werbung irreführend, wenn zugleich verschwiegen wird, dass von einem erhöhten Zuckerkonsum gesundheitliche Gefahren ausgehen. Ungeachtet dessen warb Dextro Energy mit den Aussagen „hilft sofort beim Denken“, „einfach schneller im Kopf“, „natürliche Sofortenergie für Konzentration und Leistungsfähigkeit“ und „leistungssteigernde Wirkung“. foodwatch hatte deshalb Dextro Energy vergangene Woche abgemahnt. Daraufhin nahm der Traubenzucker-Hersteller drei Youtube-Videos mit insgesamt etwa 1,5 Millionen Aufrufen offline. Auch auf der Webseite änderte Dextro Energy mehrere Werbetexte.

„Wir werden ganz genau beobachten, wie Dextro Energy in der Zukunft für seine Traubenzucker-Produkte wirbt. Die Gesetzeslage in der EU lädt die Industrie regelrecht dazu ein, Verbraucherinnen und Verbraucher hinters Licht zu führen. Irreführende Gesundheitswerbung ist im Supermarkt an der

Tagesordnung“, kritisierte Sophie Unger.

Während die EU zwar festlegt, welche Gesundheitsversprechen erlaubt sind, ist bislang nicht geregelt, welche Produkte damit werben dürfen. Selbst Süßigkeiten können ganz legal mit Gesundheitseigenschaften beworben werden, sobald ihnen zum Beispiel einfach künstlich Vitamine zugesetzt werden. Die EU hätte laut der EU-Health-Claims-Verordnung schon 2009 sogenannte Nährwertprofile mit Mindestanforderungen an die Nährwertzusammensetzung von Lebensmitteln mit Gesundheitsaussagen festlegen müssen. Doch das ist bis heute nicht passiert. Nun drohen die Nährwertprofile sogar komplett aus der EU-Verordnung zu Health-Claims gestrichen zu werden. Die Europäische Kommission will ihre Entscheidung im Laufe dieses Jahres fällen. foodwatch forderte die Kommission auf, das Nährwertmodell der Weltgesundheitsorganisation (WHO) umgehend umzusetzen: Nur jene Produkte, die die WHO-Kriterien für ausgewogene Lebensmittel erfüllen, dürfen künftig mit Gesundheitswerbung vermarktet werden.

Das WHO-Regionalbüro für Europa hatte Anfang 2015 konkrete Vorgaben für ernährungsphysiologisch ausgewogene Produkte definiert. Dabei spielen unter anderem die Anteile von Fett, Zucker und Salz, aber auch der Kaloriengehalt oder zugefügte Süßstoffe eine Rolle. Die WHO hat das Modell ursprünglich für die Beschränkung von Kindermarketing entwickelt, empfiehlt den Einsatz dieser sogenannten Nährwertprofilen jedoch auch in anderen Zusammenhängen zur Förderung einer gesunden Ernährung.

Quellen und weiterführende Informationen:

- Screenshots der Dextro-Energy-Gesundheitswerbung (vorher/nachher): www.tinyurl.com/y7xxj9o4
- Unterlassungserklärung Dextro Energy: www.tinyurl.com/yc7km7yq
- Abmahnung von foodwatch an Dextro Energy: www.tinyurl.com/y8w6ay5y
- EuGH-Urteil zu Dextro: www.tinyurl.com/y73uatfy

- foodwatch-Studie: 90 Prozent der mit Vitaminen beworbenen Lebensmittel sind ungesund (2016): www.tinyurl.com/jj56ddz
- foodwatch-Umfrage: 82 Prozent der Verbraucher lehnen Gesundheitsversprechen für unausgewogene Lebensmittel ab (2017): www.tinyurl.com/y6w4fwoe
- Mehr Information zum Nährwertprofilmodell der WHO-Europa: www.tinyurl.com/y83kqq75

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Dario Sarmadi

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Zwei neue Windparks für die Hunsrücker Energiewende

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2017

- 200 Horather und Merschbacher feiern Windparkeinweihung im Hunsrück
- Projektpartner loben die hervorragende Zusammenarbeit
- Sauberer Strom für 25.000 Haushalte

(Horath/Wiesbaden, 27. Juni 2017) Nach einer heißen Frühsommerwoche wehte ein kräftiger Wind zur Einweihung der Hunsrücker Windparks Horath und Merschbach am vergangenen Sonntag. Rund 200 Bürger aus den beiden Ortsgemeinden und der Region waren gekommen, um gemeinsam mit dem Projektentwickler AB0 Wind und dem Betreiber Schöllner Wind des Windparks Merschbach zu feiern.

Merschbachs Bürgermeisterin Iris Hornberg sagte: „Als einer der kleinsten Orte in der Verbandsgemeinde Thalfang am

Erbeskopf sind wir sehr stolz und freuen uns, dass wir zwei Windkraftanlagen realisieren konnten.“ Horaths Bürgermeister Egon Adams ergänzte: „Wir machen nicht viel Wind um unsere Dörfer, wir nutzen ihn lieber, um einen Beitrag zur Energiewende zu leisten.“ Er betonte auch die Rolle der Pachteinnahmen für den Gemeindehaushalt: „Wir haben das ‚Tal der Tränen‘ verlassen und leisten zusätzlich noch den vereinbarten Solidarbeitrag für alle Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde.“ Die interkommunale Zusammenarbeit würdigte auch Marc Hüllenkremer, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf: „Die Energiewende macht an Grenzen nicht Halt, darum ist es unsere Aufgabe, in der gesamten Region an einem Strang zu ziehen und das haben wir hier geschafft.“ Hüllenkremer lobte auch die Auftritte der Kita St. Martin und der DJK-Tanzgruppen Minis und Hoata Danz-Kids: „Es ist toll, dass ihr Kinder das Fest so mitgestaltet, denn um eure Zukunft geht es hier heute.“

ABO Wind ist mit der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf schon lange verbunden hat und hat seit dem Jahr 2002 dort nun bereits 25 Windkraftanlagen und den Lehrpfad Hunsrücker Windweg errichtet, sechs weitere Anlagen sind aktuell im Bau. „Vor 15 Jahren habe ich mein erstes Windparkfest ganz in der Nähe in Berglicht gefeiert“, erinnerte sich ABO Wind-Geschäftsleiterin Urta Steinhäuser. „Ich freue mich sehr, heute mit Ihnen wieder ein Fest zu feiern.“ Steinhäuser bedankte sich bei allen Beteiligten der Gemeinden, der Kreisverwaltung und der Forstämter: „Die Arbeit mit Ihnen ist etwas Besonderes und wirklich einzigartig. Darum haben wir heute richtig etwas zu feiern.“

Auch Jörg Röver, Geschäftsführer der Schöller Wind GmbH, die den Windpark Mersbach betreibt, lobte die Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten. Er wies auf die zeitgleich stattfindenden Demonstrationen gegen zwei marode belgische Atomkraftwerke hin und ergänzte: „Moderne Windparks wie diese beiden hier im Hunsrück sind nicht nur Teil der notwendigen

Energiewende, sie sind der Anfang vom Ende der Atomenergie.“

Die neun Anlagen des Windparks Horath des Typs Vestas V112 mit 3,3 Megawatt Nennleistung gingen im September 2016 ans Netz. Im März 2017 folgten zwei Anlagen des Typs Vestas V126 mit ebenfalls 3,3 Megawatt Nennleistung in Merschbach. Insgesamt produzieren die elf neuen Anlagen rund 85 Millionen Kilowattstunden klimafreundlichen Strom – so viel verbrauchen rund 25.000 durchschnittliche Haushalte. Sie ersparen der Umwelt den Ausstoß von rund 64.000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr.

Nach den Auftritten des Kindergartens und der Kindertanzgruppen begleitete der Musikverein Horath das Einweihungsfest musikalisch. Für Speisen und Getränke sorgten die Ortsgemeinde Merschbach sowie die Freiwillige Feuerwehr, der Musikverein, der Männergesangsverein Cäcilia und die DJK aus Horath. Während die Kinder am Stand der Kita St. Martin Windrädchen basteln konnten und geschminkt wurden, informierten sich die Erwachsenen am ABO Wind-Stand über die Windenergie und besichtigten den Turmfuß der Windkraftanlage.

Lena Fritsche

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ABO Wind AG

Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden

Tel: (0611) 267 65-617; Fax: -599

Mobil: 0152 567 11 617

lena.fritsche@abo-wind.de

www.abo-wind.de

foodwatch-Report deckt schwere Hygienemängel in Großbäckereien auf – Verbraucher wurden nicht informiert – foodwatch fordert: Bundesländer müssen Kontrollergebnisse veröffentlichen

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2017

Pressemitteilung:

- Teils ekelerregende Hygienezustände in mehreren bayerischen Großbäckereien
- Behörden wussten Bescheid, informierten aber nicht die Öffentlichkeit
- foodwatch fordert Veröffentlichung aller Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen

Berlin, 28. Juni 2017. Mäusekot, Käferbefall, Schimmel, Dreck: In mehreren Großbäckereien in Bayern herrschten über Jahre hinweg immer wieder teils ekelerregende Zustände. Das zeigen Kontrollberichte der bayerischen Lebensmittelbehörden, die die Verbraucherorganisation foodwatch heute in dem Report „Bayerisches Brot“ erstmals öffentlich gemacht hat. Die Behörden haben die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Zustände nicht informiert. foodwatch forderte alle Bundesländer auf, jeweils per Landesgesetz vorzuschreiben, dass ausnahmslos alle Lebensmittelkontrollergebnisse veröffentlicht werden müssen. Denn Bayern sei keineswegs ein Einzelfall, so foodwatch: Jedes Jahr wird in Deutschland jeder

vierte kontrollierte Lebensmittelbetrieb beanstandet, vor allem wegen Hygieneverstößen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher erfahren jedoch nicht, welche Betriebe betroffen sind.

„Das Schweigen der Behörden ist der eigentliche Skandal, und der ist politisch offenbar gewollt“, sagte Johannes Heeg von foodwatch. Die Verbraucherorganisation forderte eine Neuausrichtung der Lebensmittelüberwachung in Deutschland: Die Behörden müssten dazu verpflichtet werden, ausnahmslos alle Ergebnisse der amtlichen Kontrollen zu veröffentlichen. Bisher fehlt dazu die rechtliche Grundlage – wollen Beamte Informationen veröffentlichen, drohen daher Klagen der betroffenen Unternehmen. Union und SPD hatten in ihrem Koalitionsvertrag zwar bereits 2013 versprochen, auf Bundesebene rechtliche Klarheit für eine bessere Verbraucherinformation zu schaffen. Dieses Versprechen wurde aber nicht eingelöst, kritisierte foodwatch. Solange der Bund nicht für Rechtssicherheit sorgt, könne aber jedes Bundesland mit einem eigenen Landesgesetz Transparenz vorschreiben. So könnten Fälle wie in Bayern in Zukunft verhindert werden. „Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht zu erfahren, wo alles sauber ist und wo Mäuse und Kakerlaken ein und aus gehen. Erst das schafft für Lebensmittelbetriebe einen Anreiz, sich jeden Tag an die Hygieneregeln zu halten, und sorgt für einen fairen Wettbewerb, in dem die sauberen Betriebe nicht länger die Dummen sind. Solange nicht alle Kontrollergebnisse öffentlich sind, muss die Frage gestellt werden: Von welchen Hygieneskandalen wissen die Behörden noch, ohne darüber zu informieren?“, sagte Johannes Heeg von foodwatch.

Die Ergebnisse von amtlichen Lebensmittelkontrollen werden bisher in aller Regel nicht veröffentlicht. foodwatch hatte jedoch über das sogenannte Verbraucherinformationsgesetz (VIG) bei den zuständigen Behörden die Herausgabe von Kontrollergebnissen bei acht der größten bayerischen Bäckerei-Unternehmen beantragt. VIG-Verfahren sind langwierig,

kompliziert und können hohe Gebühren nach sich ziehen. Letztlich erhielt foodwatch so jedoch Informationen zu 69 Kontrollen aus den Jahren 2013 bis 2016 bei den Unternehmen Bachmeier, Der Beck, Heinz, Hiestand, Höflinger, Hopfisterei, Ihle und LSG. Die Ergebnisse dokumentiert der Report „Bayerisches Brot“, den foodwatch heute in München vorstellte: Bei manchen Kontrollen war alles in Ordnung, in anderen Fällen stießen die Kontrolleurinnen und Kontrolleure auf ekelerregende Fälle. Nur kleinere Beanstandungen gab es bei der Hopfisterei und LSG. Besonders unhygienische Zustände hingegen dokumentierten die Beamten bei Kontrollen in den Produktionsbetrieben von Bachmeier, Ihle und Der Beck. Die Beamten fanden Schimmel, verdreckte Geräte, Mäusekot und Käferbefall, außerdem mehrfach Fremdkörper in Backwaren. Besonders problematisch aus Sicht von foodwatch: Die Behörden beanstandeten regelmäßig und immer wieder Hygieneverstöße. Ihnen gelang es offensichtlich jedoch nicht, die Verstöße zu verhindern – auch weil die Öffentlichkeit nicht informiert wurde.

Anders ist die Situation in Dänemark. Das Land ist aus Sicht von foodwatch Vorbild für eine Reform der Lebensmittelüberwachung. Dort sind Lebensmittelbetriebe seit 15 Jahren verpflichtet, die Kontrollergebnisse an der Eingangstür auszuhängen. Die Prüfberichte sind zudem im Internet abrufbar. Zusammengefasst und bewertet wird das Ergebnis mithilfe eines Smileys. Seit Einführung des „Smiley-Systems“ hat sich die Quote der beanstandeten Betriebe halbiert, von 30 auf 15 Prozent (Deutschland rund 25 Prozent). Inzwischen haben weitere Länder, unter anderem Frankreich und Großbritannien, ähnliche Systeme eingeführt. In Deutschland hatte kürzlich Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland überhaupt ein Transparenzgesetz beschlossen – die neue schwarz-gelbe Landesregierung will das Vorhaben wieder stoppen.

Link:

- E-Mail-Aktion zur Einführung des Smiley-Systems:
www.foodwatch.de/smiley-aktion

Quellen und weiterführende Informationen:

- foodwatch-Report „Bayerisches Brot“:
www.report-bayern.foodwatch.de
- Alle Kontrollberichte zu den acht Bäckereien (Download):
www.tinyurl.com/yaeymoox
- Hintergrundpapier: „Argumente gegen mehr Transparenz – und warum diese nicht stichhaltig sind“: www.tinyurl.com/yc7yqd5v
- Mehr Informationen zum dänischen Smiley-System:
www.foodwatch.org/de/informieren/smiley-system/mehr-zum-thema/vorbild-daenemark/

Pressekontakt:

foodwatch e.V.

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Minga de los Muertos: Trauermarsch für Münchens Abgas-Tote

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2017

Terminhinweis

München, 22. Juni 2017

500 Menschen sterben jährlich in München vorzeitig an den gesundheitlichen Folgen von verkehrsbedingter Luftverschmutzung. Um der Opfer zu gedenken, veranstaltet das

„Bündnis für saubere Luft in München“ am Donnerstag, 29. Juni, ab 18:00 Uhr einen Trauermarsch vom Wittelsbacherplatz zum Stachus. Mit der Demonstration möchte das Bündnis die Münchner Stadtpolitik an den Pranger stellen, die bislang keine wirksamen Luftreinhalte-Maßnahmen ergriffen hat. Ganz im Stile des mexikanischen Totentages „Dia De Los Muertos“ kann Jede/r feierlich morbide gekleidet und geschminkt teilnehmen.

Den Termin des Trauermarsches wählte das „Bündnis für saubere Luft in München“ bewusst: Am gleichen Tag ist die Regierung von Oberbayern verpflichtet, ein vollständiges Verzeichnis aller Straßen in München zu veröffentlichen, an denen Stickstoffdioxid-Emissionen einen von der EU vorgeschriebenen Grenzwert überschreiten. Mehr Informationen gibt es auf www.greencity.de.

Termin: Donnerstag, 29. Juni, 18:00 bis 19:45 Uhr

Veranstalter: Bündnis für saubere Luft in München

Treffpunkt: Wittelsbacher Platz

Ansprechpartner: christian.grundmann@greencity.de, (089) 890 668 -323

Hochaufgelöste Pressefotos können Sie hier kostenlos herunterladen:

<http://bit.ly/2sTdunh>

Pressekontakt

Judith Fahrentholz

(089) 890 668-313

presse@greencity.de

Biokreis tritt Qualitätsgemeinschaft Bio- Mineralwasser bei

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2017

PRESSEMITTEILUNG

Neumarkt, 23.06.2017. Biokreis ist jetzt Mitglied in der Qualitätsgemeinschaft Bio-Mineralwasser e.V. Damit bekräftigt nach Bioland, Demeter und Naturland bereits der vierte deutsche Ökolandbauverband seine umfassende Unterstützung für das Bio-Mineralwasser-Siegel und das damit verbundene Wasserschutzensengagement der Qualitätsgemeinschaft.

Biokreis-Geschäftsführer Sepp Brunnbauer: „Bio-Mineralwasser ist die konsequente Übertragung der Bio-Idee auf unser wichtigstes Lebensmittel. Das Bio-Mineralwasser-Siegel steht für kontrolliert höchste Wasserqualität aus reinen Quellen und das aktive Bestreben, diese durch nachhaltige Bewirtschaftung und Förderung des Ökolandbaus auch für zukünftige Generationen zu bewahren. Ein Ansatz, der gerade in Zeiten des zunehmenden Einsatzes von Ackergift und sonstiger Agrochemie in der konventionellen Landwirtschaft absolut notwendig und unterstützenswert ist.“

Dr. Franz Ehrnsperger, Vorsitzender der Qualitätsgemeinschaft Bio-Mineralwasser: „Mit dem Biokreis jetzt schon den vierten deutschen Ökolandbauverband als Mitglied unserer Qualitätsgemeinschaft begrüßen zu können ist eine große Freude und eine weitere Bestätigung unseres umfassenden Bio-Mineralwasser-Konzepts. Als breites Bündnis von Verbrauchern, Verarbeitern und Landwirten haben die Pioniere von Biokreis die Idee des ökologischen Landbaus in Deutschland ganz entschieden mit vorangebracht. Wir sind uns sicher, dass wir gemeinsam auch in Sachen Wasser noch viel erreichen werden.“

Über die Qualitätsgemeinschaft Bio-Mineralwasser e.V.

Die Qualitätsgemeinschaft Biomineralwasser e.V. setzt sich seit 2008 ein für einen behutsamen Umgang mit unserem wichtigsten Lebens-Mittel, dem Wasser. Sie wacht über die Richtlinien für das Qualitätssiegel „Bio-Mineralwasser“ und sensibilisiert Branche und Verbraucher für die Problematik der zunehmenden Wasserverschmutzung. Mitglieder der Qualitätsgemeinschaft sind u.a. die Bio-Anbauverbände Bioland, Demeter, Naturland und Biokreis. Um das Bio-Mineralwasser-Siegel der Qualitätsgemeinschaft zu erlangen, müssen Mineralbrunnen 45 streng gefasste Kriterien erfüllen, die den Verbrauchern ein Höchstmaß an Qualität und Transparenz sowie nachhaltige Produktionsbestimmungen garantieren. Die Richtlinien wurden von unabhängigen Experten erarbeitet und werden laufend an neue wissenschaftliche Erkenntnisse angepasst. Deren Einhaltung überwacht die Biokontrollstelle BCS Öko-Garantie GmbH. Als bundesweit erstes Bio-Mineralwasser wurde bereits 2009 das „BioKristall“ des Bio-Pioniers Neumarkter Lammsbräu zertifiziert, es folgten Ensinger in Baden-Württemberg (Ensinger Gourmet), Voelkel in Niedersachsen (BioZisch-Limonade) und Lammsbräu (now-Limonade), Gehring-Bunte aus Nordrhein-Westfalen/Brandenburg (Christinen Bio-Mineralwasser und Carat), die PreussenQuelle Rheinsberg aus Brandenburg, die Johann Spielmann GmbH (Landpark Bio-Quelle) aus Nordrhein-Westfalen, Bad Dürrheimer aus Baden-Württemberg und Labertaler Heil- und Mineralquellen aus Bayern (Stephanie Gourmet). Mehr Informationen über Bio-Mineralwasser finden Sie unter www.bio-mineralwasser.de

Über Biokreis e.V.

Rund 1200 Bio-Bauern und 150 Lebensmittel-Verarbeiter wirtschaften bundesweit nach den Richtlinien des ökologischen Anbauverbands mit Hauptsitz in Passau. Auch 200 Verbraucher gehören zu den Mitgliedern. Gemeinsam gestalten sie kreativ und konsequent ökologischen Landbau. Der Biokreis steht seit 1979 für regionale, vertrauensvolle Netzwerke, Tierwohl, handwerkliche Lebensmittelverarbeitung und tritt

basisdemokratisch mit neuen Ideen, politischer Arbeit und wirksamer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für seine ganzheitliche Vorstellung von Ökolandbau sowie dessen Weiterentwicklung ein. Mehr Informationen über den Biokreis finden Sie unter www.biokreis.de

Kontakt

Ronja Zöls

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktionsleitung bioNachrichten

Biokreis e.V.

Stelzlhof 1

94034 Passau

T: 0851 / 756 50-17

F: 0851 / 756 50-25

zoels@biokreis.de

www.biokreis.de

www.bionachrichten.de

**Klima, Verkehr, Erneuerbare
Energien: NRW-
Koalitionsvertrag droht Rolle
rückwärts einzuleiten
Germanwatch kritisiert, dass
globale Verantwortung des**

Landes im Vertrag zu kurz komme

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2017

Pressemitteilung Germanwatch

Bonn (16. Juni 2017). Mit dem heute vorgestellten Koalitionsvertrag von CDU und FDP droht sich Nordrhein-Westfalen nach Ansicht von Germanwatch in zentralen Bereichen wie Klimapolitik, Verkehr und Erneuerbaren Energien von der konstruktiven Gestaltung der Zukunft zu verabschieden. Es sei zwar gut, dass sich die künftige Landesregierung zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens bekenne. Ihre Aussage, die Klimaziele nur noch an den Minimalzielen der EU orientieren zu wollen, stehe dazu aber ebenso im Widerspruch wie ihre Betonung der Rolle der Braunkohle als Brückentechnologie – einstweilen bis 2045.

„Während die Bundeskanzlerin entschiedeneren Klimaschutz in Deutschland fordert, will sich die NRW-Landesregierung in der Zukunft nur noch an den zu schwachen Klimazielen der EU orientieren. Damit unterminiert sie faktisch den NRW-Klimaschutzplan“, sagt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch. „Wer sagt, dass er die Klimaziele marktwirtschaftlich erreichen will, muss zudem einen CO2-Preis etablieren, der dies gewährleisten kann. Deutschland muss sich entscheiden, ob es auf der Seite von Trump und der Kohle oder auf der Seite der Zukunft stehen will – das gilt gerade für das wichtigste Energieland NRW. Man kann nicht Klimaschutz sagen, wenn man Kohleschutz meint.“

Ein Bundesland mit sehr großen Emissionen wie NRW benötige entschiedenen Gestaltungswillen auf dem Weg in eine Zukunft ohne Kohle, Öl und Gas. Diesen lasse der Koalitionsvertrag sowohl mit den geplanten massiven Einschnitten bei der Windkraft als auch bei den Planungen zum Verkehr vermissen.

Bals: „Mit den angestrebten massiven Investitionen in den Straßenbau wird ein überholtes, klimaschädigendes und ressourcenhungriges Mobilitätskonzept gefördert, das noch mehr Autoverkehr provozieren wird. Statt durch intelligente Investitionen in Bus und Bahn sowie den Erhalt bestehender Infrastruktur den Kollaps insbesondere in Ballungsräumen langfristig zu vermeiden, wird Straßenausbau auf lange Sicht den Verkehrsinfarkt befördern und die Klimaziele torpedieren.“

Zudem komme die globale Verantwortung NRWs in der Welt im Koalitionsvertrag zu kurz. Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals / Agenda 2030) werden im gesamten Vertrag kein einziges Mal erwähnt.

Germanwatch appelliert an die künftige Landesregierung, im Laufe der kommenden Legislaturperiode insbesondere in den genannten Bereichen nachzubessern. „Als bevölkerungsreichstes Bundesland mit seinen hohen Treibhausgasemissionen und dem hohen Rohstoffbedarf hinterlässt NRW einen schädlichen ökologischen Fußabdruck in den Ländern des globalen Südens. NRW muss einen zentralen Beitrag dazu leisten, dass Deutschland die Herausforderungen auf dem Weg zum Erreichen der 2015 beschlossenen UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung und der Ziele des Pariser Klimaabkommens bewältigt“, betont Christoph Bals.

Kontaktvermittlung für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher Germanwatch
(heute per Handy)

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org

Für mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaft – 25 Jahre UnternehmensGrün

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2017

Pressemitteilung: 25 Jahre UnternehmensGrün

Seit der Gründung am 19.6.1992 setzt sich UnternehmensGrün für verantwortungsvolles Wirtschaften

ein. Ob wahre Preise, nachhaltige Agrar- und Ernährungswirtschaft, erneuerbare Energien oder Ausbildung für Green Jobs: Die ökologisch-soziale Wende ist Programm.

„Wir haben viel geschafft und wollen noch mehr erreichen“ erklärt Gottfried Härle,

Gründungsmitglied und Vorstand von UnternehmensGrün, dem Bundesverband der grünen

Wirtschaft, zum heutigen 25-jährigen Bestehen des Verbandes. UnternehmensGrün wurde 1992 in

Stuttgart ins Leben gerufen und engagiert sich heute von Berlin aus im Namen seiner über 220

Mitgliedsunternehmen für eine ambitionierte Umwelt- und Wirtschaftspolitik jenseits der engen Branchenzuschreibungen.

„Unsere Mitglieder zeigen in ihren Unternehmen, dass Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch

sein müssen. Wir legen überall dort den Finger in die Wunde,

wo die politischen Rahmenbedingungen ein nachhaltiges Wirtschaften nicht zulassen“, so Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin von UnternehmensGrün, über die Aufgaben des Verbandes. „Praxisrelevante Forderungen aus der unternehmerischen Wirklichkeit sind das, was den Verband ausmacht – und diese Funktion ist im politischen System von heute immer noch genauso wichtig wie im Gründungsjahr.“

In seiner 25-jährigen Geschichte hat UnternehmensGrün aktiv die Ausgestaltung richtungsweisender Regelungen wie dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die ökologische Steuerreform, Erleichterungen für Selbständige oder die Agro-Gentechniknovelle begleitet. UnternehmensGrün nimmt regelmäßig zu den Vorhaben der Regierung Stellung. Darüber hinaus sorgt der Verband mit seinen Positionen, Studien und Befragungen für eine ökologisch-soziale Folgenabschätzung von politischen Entscheidungen – etwa zur Agrarreform, dem Greening der Arbeitswelt (Berufliche Bildung) oder den sektorspezifischen Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf kleine und mittlere Unternehmen.

„Die Fortsetzung der Energiewende im Mobilitäts- und Wärmebereich, eine gerechte Globalisierung sowie die Agrarwende und wahre Preise, diese Themen zählen heute zu den Schwerpunkten unserer Arbeit. Deutschland kann und muss hier weltweit Vorreiter sein“, so Reuter.

Aus Anlass des Gründungsjubiläums findet am 23. November 2017 der Kongress „25 Jahre UnternehmensGrün – Nachhaltigkeit Weiterdenken“ in Berlin statt. In der Landesvertretung Baden-

Württemberg wird Muhterem Aras, UnternehmensGrün-Vorständin und Präsidentin des Landtages Baden-Württemberg die Gäste begrüßen. Die Keynote hält der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Kontakt:

Dr. Katharina Reuter
reuter@unternehmensgruen.de

Pressekontakt:

Kai Weller
Agentur Ahnen&Enkel
030 39105133
weller@ahnenenkel.com

Münchner Radlnacht: Radeln auf autofreien Straßen

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2017
Pressemitteilung

13/6/2017

Münchens schönste Straßen gehören am 24. Juni den Radlerinnen und Radlern!

Für diesen Abend lädt die Initiative Radlhauptstadt München mit der Radlnacht zum gemeinsamen Radeln auf autofreien Straßen ein. In diesem Jahr startet die Rundfahrt um 20:30 Uhr auf dem Königsplatz. Es lohnt sich jedoch, schon früher zur Radlnacht – präsentiert von der Stadt München und M-net – zu kommen: Bereits um 17:00 Uhr beginnt ein vielfältiges Programm mit Live-Musik und Gastronomie, außerdem werden die Gewinner

des „We love Radl“-Streetcastings gekürt.

16.000 Radlfans haben im vergangenen Jahr die Chance genutzt – bei der Münchner Radlnacht sind sie durch die schönsten Straßen der Stadt gefahren. Nur für diesen einen Abend gehörten die Straßen den Radfahrern. Die Initiative Radlhauptstadt München möchte den Radlerinnen und Radlern dieses Gefühl noch einmal vermitteln und lädt am 24. Juni wieder zur Radlnacht ein – präsentiert von der Stadt München und M-net. Alle Mitradler sammeln sich ab 20:10 Uhr für den Start zur nächtlichen Radlrundfahrt auf dem Königsplatz. Dort gibt Schirmherr Oberbürgermeister Dieter Reiter um 20:30 Uhr den Startschuss und der Corso setzt sich in Bewegung. Vom Königsplatz fährt der Zug zunächst über Brienner- und Nymphenburger Straße bis zur Hackerbrücke. Von dort führt die Route weiter über den Bavariaring und die Theresienwiese, durch Implerstraße und vorbei am Flaucher bis zum Candidplatz. Über die Corneliusbrücke und die Prinzregentenstraße rollen die Radfahrer dann auf das Highlight der Route zu: den Altstadttringtunnel. Über den Oskar-von-Miller-Ring und den Karolinenplatz geht es zurück zum Ausgangspunkt. Dabei legt der Corso rund 16 Kilometer in gemütlichem Tempo zurück. Im Anschluss laden die Veranstalter alle Teilnehmenden zum gemeinsamen Verweilen auf dem Königsplatz ein.

Und auch früher kommen lohnt sich! Bereits ab 17:00 Uhr sorgen die Band KLEYO und der Münchner Kneipenchor auf dem Königsplatz für gute Stimmung. Außerdem endet das Streetcasting „We love Radl“, das die Initiative Radlhauptstadt München anlässlich des Radljubiläums veranstaltet hat, mit der feierlichen Bekanntgabe der Gewinner. Sie haben es geschafft, dem Radl in einem Videoclip ihre Liebe am authentischsten zu erklären und überzeugten die Münchnerinnen und Münchner beim Online-Voting. Auch der Telekommunikationsdienstleister M-net engagiert sich wieder bei der Radlnacht und bietet einen kostenlosen Radlputz in der Fahrradwaschanlage an. M-net nimmt die „Blaue Stunde“ außerdem

beim Wort und hat es sich zum Ziel gesetzt, München einzufärben: Die ersten 2.000 Radlerinnen und Radler erhalten ein blaues Speichenlicht, das während der Radlnacht leuchtet. Eine außergewöhnliche Stimmung ist garantiert.

Die Radlnacht ist zugleich Auftakt der STADTRADELN-Saison in München. Im Anschluss sollen drei Wochen lang so viele Kilometer wie möglich im nationalen Contest vom Klimabündnis e.V. gesammelt werden. Alle Münchnerinnen und Münchner können beim Wettbewerb mitmachen und so aktiv etwas Gutes für den Radverkehr, das Klima und die eigene Gesundheit tun. Als Radlhauptstadt München will die Isarmetropole in diesem Jahr den stärksten Mitbewerbern wie Dresden, Leipzig und Ingolstadt Konkurrenz machen und den Wettbewerb wieder mit einer sehr guten Top-Ten-Platzierung abschließen. Die kostenfreie Anmeldung erfolgt über www.stadtradeln.de/muenchen. Es warten tolle Preise.

Während des gesamten Veranstaltungszeitraums kommt es zu Verkehrseinschränkungen in der Innenstadt. Die Radlhauptstadt München bittet insbesondere alle Autofahrer sowie Benutzer von Bus und Tram, sich rechtzeitig über örtliche Sperrungen zu informieren und am Veranstaltungstag in der Zeit von 20:00 bis 22:30 Uhr mit Beeinträchtigungen zu rechnen.

Wer Lust hat, die Münchner Radlnacht zu unterstützen, ist herzlich eingeladen, sich als ehrenamtlicher Streckenposten zu engagieren und damit zum Gelingen der Veranstaltung beizutragen. Interessierte melden sich bitte vorab beim Veranstalter Green City Projekt GmbH per Email an radlnacht@radlhauptstadt.de.

Weitere Informationen auf www.radlhauptstadt.de

Pressefotos

Kostenlos als Download unter <https://flic.kr/s/aHskCYX8zm>

Kontakt Presse

Sonja Kämmler

Telefon: (089) 890 668 -312

Telefax: (089) 890 668 –66

Email: presse@radlhauptstadt.de